



Vierteljähriger Abonnementssatz. In Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Postz. 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 20. Mittag-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 9. Januar 1886.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend das Branntweinmonopol

ist nunmehr dem Bundesrat zugegangen. Wir lassen im Nachstehenden, den Entwurf in seinem wesentlichen Wortlaute folgen:

"Wir Wilhelm ic. verordnen im Namen des Reiches u. s. w. was folgt:

I. Allgemeine Grundlagen.

§ 1. Die Herstellung rohen Branntweins bleibt der privaten Gewerbsfähigkeit überlassen, unterliegt aber der in diesem Gesetz bestimmten Ordnung.

§ 2. Der Bezug sämtlichen inländischen rohen Branntweins von den Herstellern, der Bezug von Branntweinen aller Art aus dem Auslande, die Reinigung des Branntweins und dessen weitere Verarbeitung zu alkoholischen Getränken, sowie der weitere Verkauf von Branntweinen aller Art stehen mit den in diesem Gesetz gemachten Ausnahmen ausschließlich dem Reich zu und werden für Rechnung derselben betrieben (Branntweinmonopol).

§ 3. Die Verwaltung des Branntweinmonopols führt das dem Reichskanzler unterstehte Monopolamt, dessen Vorstand vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat ernannt wird. Für den Abfahrt im Großen werden von dem Monopolamt Agenten, für den Absatz im Kleinen von den Landesregierungen Vertriebene angestellt. Die Agenten und Vertriebene werden von den Organen sowohl der Monopolverwaltung als auch der Zoll- und Steuerverwaltung beaufsichtigt und kontrolliert. Die Controllierung der zur Branntweinbereitung bestimmten gewerblichen Anstalten, sowie aller nach den Vorschriften dieses Gesetzes einer Controle unterliegenden Personen, die Abfertigung und Controllierung der Ein- und Durchfuhr, sowie die Bewachung der Grenzen gegen die unerlaubte Einführung von Branntweinen aller Art erfolgen durch die mit der Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern des Reichs beauftragten Landesbehörden, welche auch im Uebrigen bei allen Maßregeln zur Sicherung des Branntweinmonopols vorzugsweise mitzuwirken haben (vergl. Abschnitt V). Die hiernach den Zoll- und Steuerbehörden zugewiesene Amtstätigkeit unterliegt der Überwachung durch die Organe der Reichscontrole für Zölle und Verbrauchssteuern. Für die durch den bezeichneten Dienst den Bundesstaaten erwachsenen Kosten wird Vergütung aus der Reichssafte gewährt. Die Beamten der Monopolverwaltung sind befugt, den auf die Controle der Brennereien bezüglichen Dienstvorrichtungen beizuhören beziehungsweise von denselben Kenntnis zu nehmen.

II. Vorschriften, betreffend die Herstellung des rohen Branntweins.

§ 4. Alle Brennereien, welche am 1. Oktober 1885 vorhanden waren, dürfen in Zukunft jährlich soviel rohen Branntwein bereiten, als sie vorher regelmäßig hergestellt haben. Alle Brennereien, welche am 1. Octbr. 1885 erst in der Herstellung begriffen waren, sollen in Zukunft jährlich zu einer verhältnismäßig gleich großen Branntweinproduktion verhantet werden. Für die einzelnen Brennereien werden die Branntweinn Mengen, welche sie nach den vorstehenden Grundsätzen zu bereiten befugt sein sollen, seitens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung und nach Anhörung des Gutachtens einer aus einem höheren Verwaltungsbeamten als Vorständen, zwei Oberbeamten der Steuerverwaltung und drei Brennereibesitzern zusammengesetzten Commission in billiger Weise festgelegt. Die Commission kann zum Zwecke ihrer gutachtlchen Auflösung Einführung in die über den Brennereibetrieb geführten Bücher nehmen. Für kleine Brennereien (§ 17), welche keinen regelmäßigen Betrieb gehabt haben, wird die Menge rohen Branntweins, welche sie bereiten dürfen, unter billiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, seitens der Landesregierung festgesetzt.

§ 5. Zur späteren Anlegung neuer Brennereien bedarf es besonderer Erlaubnis. Dieselbe kann, sofern das Bedürfnis dazu im landwirtschaftlichen Interesse nachgewiesen ist, durch die Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung und unter Feststellung der Branntweinmenge, deren Bereitung der einzelnen Anstalt andauernd jährlich gestattet sein soll, erteilt werden. Gleichzeitig kann einer Brennerei in einzelnen Jahren die Bereitung einer größeren Branntweinmenge, als für die betreffende Anstalt ein für allemal festgelegt ist, gestattet werden.

§ 6. In den Brennereien sind nach näherer Anordnung der Steuerbehörde mit dem Destillir-Apparat in fester Verbindung stehende Sammelgefäße aufzustellen, in welchen die gesammelte Branntwein geleitet wird, sowie alle sonstigen Einrichtungen zu treffen, welche die Steuerbehörde zur Sicherung gegen heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein für erforderlich erachtet. Der Destillir-Apparat, die Sammelgefäße und die dieselben verbindenden Röhrenleitungen sind dergestalt unter amtlichen Verschluß zu nehmen, daß eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein aus denselben nur mittels einer äußeren Spur unterlassen Gewalt erfolgen kann. Die Räume, in welchen die Sammelgefäße aufzustellen sind, müssen den Anforderungen der Steuerbehörde entsprechen und sind in der Regel von derselben unter Mitverschluß zu setzen.

§ 7. In Fällen, in welchen die Einrichtung geeigneter Räume zur Aufstellung von Sammelgefäßen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist, kann die Steuerbehörde an Stelle der Sammelgefäße eine zweckmäßige, in fester Verbindung mit dem Destillir-Apparat und unter sicherndem amtlichen Verschluß stehenden Messapparate gestellen, welcher die Menge und Stärke des aus dem Destillir-Apparat fließenden Branntweins fortlaufend angezeigt oder die spätere amtliche Ermittlung der Stärke durch Zurückbehaltung von Proben ermöglicht.

§ 8. Der Steuerbehörde bleibt vorbehalten, in besonderen Fällen die Aufstellung eines Messapparates neben Beibehaltung der Sammelgefäße anzurufen, oder die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus bindend festzulegen, oder eine Brennerei unter dauernde amtliche Überwachung zu stellen.

§ 9. So lange den Anforderungen der Steuerbehörde in Bezug auf die in den §§ 6 bis 8 bezeichneten Einrichtungen nicht genüge geleistet werden, kann die Steuerbehörde den Betrieb der Brennerei untersagen.

§ 10. Die Kosten für die Anfertigung der Sammelgefäße und der notwendig werdenden Kunststofflässe trägt die Monopolverwaltung.

Gelegentlich einer Woche vor der ersten nach Infrastreitern dieses Gesetzes in einer Brennerei stattfindenden Betriebsabhandlung sind, soweit dies nicht schon auf Grund der bisherigen gesetzlichen Vorschriften geschehen, der Steuerbehörde die Räume der Brennerei einschließlich der mit derselben in Verbindung stehenden oder unmittelbar an dieselbe angrenzenden Räume, sowie die Brennereigeräte, letztere unter Angabe ihrer Stellung und in der Regel des Rauminhaltes nach Eltern, einzeln schriftlich anzumelden.

§ 11. Spätestens eine Woche vor der ersten nach Infrastreitern dieses Gesetzes in einer Brennerei stattfindenden Betriebsabhandlung sind, soweit dies nicht schon auf Grund der bisherigen gesetzlichen Vorschriften geschehen, der Steuerbehörde die Räume der Brennerei einschließlich der mit derselben in Verbindung stehenden oder unmittelbar an dieselbe angrenzenden Räume, sowie die Brennereigeräte, letztere unter Angabe ihrer Stellung und in der Regel des Rauminhaltes nach Eltern, einzeln schriftlich anzumelden.

§ 12. Veränderungen bezüglich derjenigen Theile der Brennereigeräthe, einschließlich der Sammelgefäße und des Messapparates, aus welchen eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, sowie bezüglich des Aufstellungsraumes der Sammelgefäße dürfen nur nach vorheriger Genehmigung der Steuerbehörde vorgenommen werden. Die Vornahme anderer Veränderungen in Bezug auf die Räume oder Geräthe der Brennerei ist innerhalb drei Tagen nach der Vornahme der Steuerbehörde anzugeben.

§ 13. Die Geräthe können steueramtlich nachvermischt und gestempelt werden. Dieselben sind nach näherer Anordnung der Steuerbehörde mit einer Nummer und der Angabe des Rauminhaltes zu versehen.

§ 14. Der Betrieb ist der Steuerbehörde nach Kalendermonaten im Voraus zu declariren, und zwar in der Regel mittelst nur eines, mindestens drei Tage vor der ersten Einmaischung einzureichenden Betriebsplans. Vor ertheilter steueramtlicher Genehmigung des Betriebsplans darf der Betrieb nicht begonnen werden. Änderungen des angemeldeten Betriebs sind mit der Menge zugelassen, daß die Abweichung vorher im Betriebsplan bemerkt und binnen 24 Stunden der Steuerbehörde angezeigt werden muß.

§ 15. Der Betriebsplan muß insbesondere auch die Art und Menge der zur Branntweinbereitung zu verwendenden Stoffe angeben. Der Steuerbehörde bleibt vorbehalten, die Verwendung solcher Stoffe, welche auf die Beschaffenheit des Branntweins nachtheilig zu wirken geeignet sind, zu untersagen.

§ 16. Die Einmaischung und der Betrieb der Branntweinblasen ist in der Regel nur mit folgenden zeitlichen Beschränkungen zulässig:

- a. die Einmaischung in den Monaten October bis einschließlich März von Morgens 5 bis Abends 10, in den übrigen Monaten von Morgens 4 bis Abends 10,
- b. der Blasenbetrieb in den Monaten October bis März von Morgens 5 bis Abends 7, in den übrigen Monaten von Morgens 4 bis Abends 7.

Die an einem Tage bereitete Masse muß in der Regel auch an einem Brenntage vollständig abgeluttet werden. Der Zugang zur Brennerei muß, so lange darin gearbeitet wird, stets unverhofft sein.

§ 17. Denjenigen kleinen Brennereien, welche an einem Tage nicht mehr als 6 Hektoliter Bottigraum bemaissen und eine Brennvorrichtung mit unmittelbarer Feuerung benutzen, oder welche nur Abfälle der eigenen Biererzeugung verwenden, oder welche in einem Betriebsjahr höchstens 70 Hektoliter andere nichtmehrige Stoffe verarbeiten, ist unter Nachlass der in den §§ 6 bis 9 und 14 bis 16 angeordneten Betriebsvorrichtungen und Controllen der Betrieb bei Einhaltung der hierüber zu erlassenden Verwaltungsvorschriften mit der Menge zu gestatten, daß die Mindestmenge menge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus von der Steuerbehörde bindend festgesetzt wird.

§ 18. Wenn der Brennereibetrieb unterbrochen oder ein amtlicher Verhältnis oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräthe einschließlich der Sammelgefäße und des Messapparates, aus welchen eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verletzt wird, so ist dies mit Beachtung der dieserhalb zu erlassenden näheren Anordnungen sogleich der Steuerbehörde anzugeben. Falls in Folge einer solchen Verletzung ein Zugang zu dem Alkohol geschaffen oder ein Ausströmen desselben herbeigeführt wird, oder die Möglichkeit, die regelmäßige Thätigkeit des Messapparates zu beeinflussen, entsteht, so ist gleichzeitig der Betrieb einzustellen. Das Gleiche gilt bei jeder in der regelmäßigen Thätigkeit des Messapparates eintretenden Störung. Die Steuerbehörde nimmt nach Beenden einer Untersuchung vor und ordnet die zur Sicherheit des Monopolinteresses erforderlichen Maßnahmen an.

§ 19. Jeder Wechsel im Besitz einer Brennerei ist der Steuerbehörde zu bitten einer Woche seitens des neuen und in den Fällen freiwilliger Besitzübertragung auch seitens des bisherigen Besitzers schriftlich anzugeben.

§ 20. Brennereibesitzer, welche den Betrieb nicht selbst leiten, haben der Steuerbehörde diejenige Person zu bezeichnen, welche als Brennereibesitzer in ihrem Namen und Auftrage handelt.

§ 21. Der Brennereibesitzer hat den gesammelten gewonnenen Branntwein an die Monopolverwaltung abzuliefern. Bleibt in den Fällen, in welchen ein Messapparat benötigt wird oder die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols amtlich festgesetzt worden ist (§§ 7, 8 und 17), die der Monopolverwaltung zur Übernahme gefestigte Menge reinen Alkohols hinter dem auf Grund der Anzeige des Messapparates oder der amtlichen Festsetzung ermittelten Sollbestand zurück, ohne daß der Brennereibesitzer der Steuerbehörde einen genügenden Grund hierfür glaubhaft nachweisen kann, so hat er, unbeschadet der etwaigen Einleitung des Strafverfahrens, zum Erlass der Fehlmenge den vierfachen Betrag des Verkaufspreises der Monopolverwaltung für die gleiche Menge des billigsten Trinkbranntweins der betreffenden Art zu erlegen. Der unter gewöhnlichen Verhältnissen durch Verdunstung entstehende Abgang an Alkohol ist von dem Sollbestand in Abrechnung zu bringen. Die Einziehung des geschuldeten Betrages geschieht in dem Verfahren für die Belehrung von Gefangen und mit den Vorzugsrechten der letzteren. Den Besitzern der nach Menge des § 17 betriebenen kleinen Brennereien kann von den Steuerbehörden die Erlaubnis erteilt werden, den gewonnenen Branntwein ganz oder theilweise zum eigenen Haushalt gegen Erlegung eines vom Bundesrat zu bestimmenden Betriebserlöses zu behalten. Eine Überlassung dieses Branntweins an andere Personen ist verboten.

III. Vorschriften, betreffend den Betrieb des Branntwein-monopols.

§ 22. Die Monopolverwaltung übernimmt nach Menge der hierfür zu erlassenden Controllvorschriften den gesammelten gewonnenen Branntwein in der Brennerei unter Feststellung seiner Menge, Stärke und Geschaffenheit und gegen Erteilung einer Empfangsberechtigung an den Brennereibesitzer. Letzterer ist zur Belehrung bei der Abnahme aufzufordern. Der Brennereibesitzer ist verpflichtet, nach näherer Anordnung der Steuerbehörde alle zur ordnungsmäßigen Abnahme des Branntweins erforderlichen Einrichtungen zu treffen, die dabei nötigen Hilfsleistungen zu gewähren, sowie den Transport des Branntweins bis zur nächsten Eisenbahnstation oder dem ihm angewiesenen Branntweinmagazin auszuführen. Für Transporte über 15 Kilometer Entfernung, bei kleinen Brennereien (§ 17) schon bei Entfernungen über 5 Kilometer hinaus werden von der Monopolverwaltung Frachtbeträge gezahlt. Soweit die Herstellung der ordnungsmäßigen Abnahme des Branntweins erforderlichen Einrichtungen in einer Brennerei nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten erfolgen kann, hat der Brennereibesitzer den gewonnenen Branntwein unter Beobachtung der vorzuhaltenden Controllen in das ihm angewiesene Branntweinmagazin überzuführen und dort die Abnahme zu erwirken.

§ 23. Die den Brennereibesitzern für den abgelieferten Branntwein zu zahlende Preis wird durch einen jeweils von dem Bundesrat festzusetzenden Tarif bestimmt. Für die Gestaltung dieses Tarifs soll bis auf Weiteres die Menge gelten, daß bei Kartoffelbranntwein ein Preis von mindestens 30 und höchstens 40 Mark für das Hektoliter reinen Alkohols, bei anderen Branntweinarten aber ein auf der Grundlage des jeweiligen Tarifsjahrs für Kartoffelbranntwein angemessen berechneter Preis zu bestimmen ist. Der Bundesrat ist ermächtigt, bei Kartoffelbranntwein, welcher von einer täglich nicht mehr als 10½ Hektoliter Bottigraum bestoßenden Brennerei abgeliefert wird, einen Buschlag bis zu 2 M. für das Hektoliter reinen Alkohols zu gewähren. Für Branntwein, welcher sich in Folge eines hohen Maises von Unreinlichkeit oder aus sonstigen Gründen zur Herstellung alkoholischer Getränke nicht eignet, sind in dem Tarif abgeminderte Preise anzugeben. Solche Branntwein unter Verwendung verbotener Stoffe hergestellt (§ 15), oder von solcher Beschaffenheit, daß er voraussichtlich auch durch statthaltende Reinigung nicht gebrauchsfähig gemacht werden kann, so ist er ohne Gewährung eines Erlasses unter amtlicher Aufsicht zu vernichten.

§ 24. Dem Brennereibesitzer wird über das Guthaben für abgelieferten Branntwein, sowie an etwaigen Frachtbeträgen nach Ankunft des Branntweins im Branntweinmagazin seitens der Monopolverwaltung ein Anerkennungserthalten. Unerlaubte Feststellungen, welche hinsichtlich der Menge, Stärke oder Beschaffenheit des Branntweins bei der Abnahme in der Brennerei stattgefunden haben sollten, sind in dem Anerkennungserthalten zu berücksichtigen. Das Guthaben kann von dem Berechtigten sofort bei der zuständigen Zahlstelle erhoben werden. Ansprüche Dritter an dasselbe dürfen nur auf richterliches Erfuchen berücksichtigt werden.

§ 25. Die Monopolverwaltung stellt aus dem ihr gelieferten rohen Branntwein gereignigte Branntweine, sowie die dem Bedürfnis der inländischen Consumtion entsprechenden alkoholischen Getränke her und führt ausländische Branntweine, soweit ein Bedürfnis dazu besteht, ein. Zu diesem Zweck werden seitens der Monopolverwaltung Branntweinmagazine und Anstalten zur Reinigung und zur weiteren Zubereitung des Branntweins errichtet.

§ 26. Der von der Monopolverwaltung beim Verkauf von Branntwein im Inlande zu erhebende Preis wird durch einen vom Bundesrat jeweils festzusetzenden Tarif mit der Menge bestimmt, daß bei ordinären

Trinkbranntwein ein Preis von mindestens 2 Mark und höchstens 3 Mark für das Liter reinen Alkohols anzusehen ist. Für gewerbliche Zwecke, einschließlich der Essigbereitung, für Heizung und Beleuchtungszwecke verfolgt die Monopolverwaltung Branntwein zu den jeweiligen mit Genehmigung des Bundesrats festzustellenden Selbstkostenpreisen.

§ 27. Der Verkauf von Branntweinen aller Art zum inländischen Verbrauch erfolgt für Rechnung der Monopolverwaltung ausschließlich durch die Branntweinagenten und Vertriebene. Dieselben werden wiederum und für bestimmte Oertlichkeiten bestellt, sie sollen stets die dem lokalen Bedürfnis entsprechenden Sorten vorrätig haben, dürfen die Branntweine nur von der Monopolverwaltung beziehen und müssen die Vorschriften der letzteren, namentlich in Bezug auf die Verkaufspreise, die Maßstäbe des Verkaufs und die Lieferung der Ware in der Originalverpackung an die Käufer, genau befolgen. Die Feilhaltung darf seitens des Vertriebene nur in dem der Steuerbehörde zuvor angemeldeten Verkaufsstellen erfolgen; dasselbe muß durch ein vorschriftsmäßiges Schild kenntlich gemacht sein, auch müssen in demselben die Ermächtigungsurkunde des Inhabers und ein amtlicher Vertriebstarif ausliegen.

IV. Ausnahmebestimmungen.

§ 28. Gastwirthen, Restauratoren, Inhabern von Cafés und Conditoreien, Vorständen von Casinos, Restaurants und dergleichen kann nach den von der Landespolizeibehörde im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung zu treffenden Bestimmungen die Erlaubnis zum Ausschank von Branntwein ohne Beschränkung auf die von den Vertriebene innenzuhaltenden Preise ertheilt werden. Dieselben dürfen ihren Bedarf nur von den von der Monopolverwaltung bestellten Agenten und Vertriebene beziehen. Mit denselben Maßgaben kann die Monopolverwaltung Kaufleuten die Erlaubnis zum flaschenweisen Verkauf von Trinkbranntwein in unterlegter Originalverpackung der Monopolverwaltung und zum Verkaufe des im § 26 Abfahrt 2 bezeichneten Branntweins ertheilen.

§ 29. Von Kaufleuten dürfen zum eigenen Verbrauch mitgebrachte Branntweine bis zu 500 Gramm einschließlich des Gewichts der unmittelbaren Umschließungen abgegeben, in größerer Menge bis zu 5 Kilogramm einschließlich des Gewichtes der unmittelbaren Umschließungen gegen einen Zoll von 10 Mark für 1 Kilogramm eingeführt werden.

§ 30. Anderen Personen, mit Ausnahme der Branntweinagenten und Vertriebene, kann die Monopolverwaltung die Einführung von Branntweinen für den eigenen Verbrauch bis zu einer Jahresmenge von 25 Kilogramm einschließlich des Gewichtes der unmittelbaren Umschließungen gegen einen Zoll von 20 Mark für 1 Kilogramm gestatten.

§ 31. Den Vertriebene und denjenigen anderen Personen, welche die Erlaubnis zum Branntweinausschank ertheilt werden, ist es gestattet, auf Verlangen von Consumenten Trinkbranntweine aller Art zum Zwecke des sofortigen Genusses untereinander oder mit anderen Stoffen zu mischen und zu verabfolgen.

V. Schutzbestimmungen.

§ 32. Neben den Beamten der Monopolverwaltung und der Zoll- und Steuerverwaltung (vergl. § 3) liegt allen Polizeibeamten die Verpflichtung ob, zum Schutz des Branntweinmonopols mitzuwirken. Alle übrigen Reichs- und Landesbeamten, sowie alle Communalbeamten haben, wenn bei Ausübung ihres Dienstes Zwiderhandlungen gegen dieses Gesetz zu ihrer Kenntnis kommen, dieselben möglichst zu hindern und jedenfalls zur näheren Untersuchung sofort anzuzeigen.

§ 33. Die amtliche Revision der zur Branntweinbereitung bestimmten

Selbstkostenpreisen (§ 26 Abs. 2) geschieht nach Maßgabe der hierfür zu erlassenden Controlvorschriften.

§ 41. Auf für die Monopolverwaltung bereiteten Branntwein können Anprüche irgend welcher Art, durch welche die Ableferung an die Monopolverwaltung verhindert oder beeinträchtigt werden würde, mit rechtlicher Wirkung nicht erhoben werden, auch nicht aus einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstandenen Rechtstitel.

Die §§ 42–70 treffen

VI. Die Strafbestimmungen.

VII. Einführungs- und Übergangsbestimmungen.

A. Einführungsbestimmungen.

§ 72. Die Bestimmungen in den §§ 1 bis 4 Absatz 1 und 5 bis 71 treten am 1. August 1888, jedoch mit folgenden Maßgaben in Kraft:

1) das im § 3 bezeichnete Monopolamt kann alsbald nach der Publication dieses Gesetzes errichtet werden;

2) Gewerbetreibenden, welche alkoholische Getränke aus Branntwein herstellen, kann erlaubt werden, die Fabrikate aus dem am 1. August 1888 in der Bearbeitung befindlichen Material fertig zu stellen.

Die Bestimmungen in dem § 4 Absatz 2 und 3 und in den §§ 72 bis 86 treten mit dem Tage der Publication in Kraft. Mit dem 1. August 1888 sind alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze, insbesondere

alle Reichs- und Landesgesetze, betreffend die Besteuerung der Branntweinbereitung, das Reichsgesetz vom 19. Juli 1879, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken (Reichsgesetzbl. S. 259), sowie

die Vorschrift des Zolltariffs vom 15. Juli 1879 unter 250 (Reichsgesetzbl. S. 232) und die dieselbe abändernde Bestimmung im § 2 Biffer 1a des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1885, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (Reichsgesetzbl. für 1885 S. 100), aufgehoben.

B. Übergangsbestimmungen.

§ 73. Der Reichskanzler ist ermächtigt, alsbald nach der Publication dieses Gesetzes den Ankauf und die Einfuhr von Branntwein, die Reinigung von Branntwein und Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein, sowie den weiteren Verkauf von Branntwein aller Art für Rechnung des Reichs betreiben zu lassen. Zu diesen Zwecken können insbesondere Branntweinmagazine und Anstalten zur Reinigung und zur weiteren Zubereitung des Branntweins neu angelegt oder kauf- oder mietweise erworben werden. Neuanlage wie Ankauf derselben bedürfen die Genehmigung des Bundesrats.

§ 74. Wer am Tage der Publication dieses Gesetzes Handel mit Branntwein, oder die Reinigung von Branntwein, oder die Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein betreibt, hat bis zu einem von dem Bundesrat zu bestimmenden Termine der Steuerbehörde schriftliche Anzeige zu machen. In derselben sind insbesondere die Gebäude und Räume, in welchen die im freien Verkehr befindlichen Vorräthe an Branntwein aufbewahrt oder verarbeitet werden, nach ihrer örtlichen Lage und der Art ihrer Benutzung einzeln anzumelden. Die Einstellung des vorbezeichneten Handels- oder Gewerbebetriebes, sowie jeder Wechsel in Bezug auf die vorbezeichneten Räumlichkeiten ist innerhalb 8 Tagen anzugeben. Die vorbezeichneten Räumlichkeiten unterliegen von dem gemäß Absatz 1 vom Bundesrat bestimmten Termin an der Revision der Steuerbehörde. Die Inhaber oder deren Vertreter sind insbesondere verpflichtet, den oberen Steuerbeamten die sämtlichen auf den Betrieb bezüglichen Register und Bücher zur Einsicht vorzulegen. Auch ist die Steuerbehörde ermächtigt, die betreffenden gewerblichen Anstalten unter eine ständige Kontrolle zu stellen.

§ 75. Sämtlichen am 1. August 1888 im Inlande lagernde Branntwein aller Art, welcher nicht erweislich von der Monopolverwaltung bezogen worden, ist an die Monopolverwaltung abzuliefern, falls er nicht hinkommt einer von der Steuerbehörde zu bestimmenden Frist ausgeführt wird. Zum eigenen Verbrauch der Besitzer bestimmte Mengen von Branntwein können, sofern sie nicht mehr als 5 Liter betragen, ohne Weiteres, andernfalls gegen Erlegung von 10 Mark für jedes weitere Liter — über 50 Liter hinaus jedoch nur, soweit sie sich in unverlehrter Original-Verpackung der Monopolverwaltung befinden — zurückbehalten werden. Der bei Gewerbetreibenden zur Verwendung in ihrem Betriebe Lagernde, unter amtlicher Kontrolle denaturierte Branntwein verbleibt denselben zur Verfügung, ohne daß sie einen Preis dafür an die Monopolverwaltung zu entrichten haben. Auf der Ausfuhr von Branntwein findet Rückvergütung der Steuer nach Maßgabe der am 31. Juli 1888 gestellten Bestimmungen statt. Aller Branntwein, mit Ausnahme der zum eigenen Verbrauch der Inhaber bestimmten Vorräthe bis zu 5 Litern, ist bis zum 4. August 1888 der Steuerbehörde schriftlich anzumelden und kann vom 1. August 1888 an einstweilen unter amtlicher Verpflichtung genommen werden.

§ 76. Beabsichtige Übernahme des Branntweins für die Monopolverwaltung berufen die Landesregierungen nach Maßgabe der näheren Bestimmungen des Bundesrats Bezirkscommissionen, welche außer einem von der Monopolverwaltung bezeichneten Mitglied aus einem Landesbeamten als Vorsitzendem und drei vereideten Sachverständigen aus den bezüglichen Kreisen des Handels und der Industrie bestehen. Den Bezirkscommissionen liegt insbesondere ob, bei der Abnahme die Menge und Art des Branntweins durch geeignete Revisionen zu ermitteln, sowie die von der Monopolverwaltung zu zahlenden Preise zu bestimmen. Der Besitzer des zu entzündenden Branntweins ist von den Bezirkscommissionen zur Beteiligung an dem Abnahmegericht aufzufordern. Falls er weder persönlich erscheint, noch einen Vertreter sendet, ist ihm ein solcher von der Commission zu bestellen. Zu der Revision muß Derninge, bei welchem revidirt wird, die nötigen Hilfskräfte leisten oder leisten lassen.

§ 77. Die Preise des von der Monopolverwaltung zu übernehmenden Branntweins werden durch Abschätzung seines Wertes unter Berücksichtigung des bisherigen Marktpreises festgestellt. Die beteiligten Gewerbs- und Handelsleute haben den Bezirkscommissionen auf Erforderlich jede entsprechende Auskunft über den Geschäftsbetrieb wahrheitsgemäß zu ertheilen, auch die Geschäftsbücher vorzulegen. Die nächste Anweisung bezüglich des Verfahrens der Bezirkscommissionen wird vom Bundesrat erlassen.

§ 78. Gegen die Preisfeststellung der Bezirkscommission steht dem Besitzer des abgeschätzten Branntweins beziehungsweise seinem Vertreter sowie dem Vertreter der Monopolverwaltung Einspruch zu, welcher sofort erhoben und binnen einer vierzehntägigen Frist, unter Angabe der geforderten Preiserhöhung oder Preisminderung, begründet werden muß. Über den Einspruch entscheidet endgültig und mit Ausschluß des Rechtsweges eine Centralcommission, welche aus einem Vorsitzenden, zwei höheren Beamten der Monopolverwaltung, vier höheren Landesbeamten und vier vereideten Sachverständigen aus den bezüglichen Kreisen des Handels und der Industrie besteht. Zu der Commission werden der Vorsitzende und die Beamten der Monopolverwaltung vom Reichskanzler ernannt, die übrigen Mitglieder von demselben auf Vorschlag der seitens des Bundesrats bezeichneten Landesregierungen berufen. Bis zur Entscheidung der Centralcommission und weiter innerhalb einer Präzessfrist von zehn Tagen nach dem Empfang dieser Entscheidung steht dem Inhaber des abgeschätzten Branntweins das Recht zu, den letzteren unter Steuerkontrolle in das Ausland auszuführen.

§ 79. Die Personen, welche in Folge des Verbots des Handels mit Branntwein, der Reinigung von Branntwein und der Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein eine Verminderung ihres Vermögensstandes oder ihres Erwerbes erleiden, erhalten Entschädigungen oder Unterstützungen nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 80 bis 82.

§ 80. Die Branntweinhändler und die mit der Reinigung von Branntwein und Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein beschäftigten Gewerbetreibenden, deren eigne Magazine oder Fabrikationsgebäude oder Geräthe in Folge der durch die Einführung des Branntweinmonopols be dingten Aufgabe oder Einschränkung des Geschäftsbetriebes im Werthe vermindert sind, erhalten, sofern nicht die betreffenden Gebäude oder Geräthe von der Monopolverwaltung erworben werden, eine der Werthminderung entsprechende Entschädigung in Kapital (Realentschädigung). Eine bezügliche Anmeldung, welche insbesondere eine Beschreibung der Gebäude unter Angabe der Größenverhältnisse, eine Nachweisung des bisherigen Wertes und eine Berechnung der eingetretenen Werthminderung enthalten muß, ist bis zum 15. August 1888 der Steuerbehörde, in deren Bezirk die Gebäude liegen, einzureichen.

§ 81. 1) Die mit der Reinigung von Branntwein und Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein beschäftigten Gewerbetreibenden, welche ihre gewerblichen Anstalten nicht an die Monopolverwaltung verkaufen, 2) die Branntweinhändler einschließlich der Schankwirthe, 3) das für die unter Biffer 1 bezeichneten Arten der Bearbeitung von Branntwein technisch ausgebildete Hilfspersonal (Fabrikdirectoren, Inspectoren, Aufseher u. s. w.), 4) die für dieselben Zwecke technisch gebildeten Arbeiter, welche bei Publication dieses Gesetzes das zwanzigste Lebensjahr bereits vollendet haben, 5) das für den Handel mit Branntwein technisch ausgebildete Hilfspersonal (Agenten, Mäller, Reisende u. s. w.) erhalten in Rücksicht auf den Verlust oder die Schmälerung ihrer bisherigen Erwerbs-

thätigkeit eine Personalentschädigung, unter der Voraussetzung, daß das Geschäft der zu 1. und 2. Genannten mindestens während vier Jahren, vom Tage der Publication dieses Gesetzes rückwärts gerechnet, unausgesetzt betrieben ist und die Bedeutung einer selbständigen Nahrungsquelle gehabt hat, oder daß die unter Biffer 3 bis 5 bezeichneten Personen die betreffende Erwerbstätigkeit mindestens während vier Jahren, vom Tage der Publication dieses Gesetzes rückwärts gerechnet, unausgesetzt ausgeübt und ausschließlich oder überwiegend daraus ihren Erwerb gezogen haben. Der Anspruch auf Personalentschädigung ist bis zum 31. August 1888 bei der Steuerbehörde anzubringen. Der Berechnung der Personalentschädigung wird bezüglich der unter Biffer 1 und 2 Genannten der geschäftliche Reingewinn, bezüglich der unter Biffer 3 bis 5 Genannten das Gehalt oder Arbeitsverdienst im Durchschnitt derjenigen in dem Zeitraum vom 1. Januar 1880 bis 31. December 1885 fallenden Jahre zu Grunde gelegt, während welcher das betreffende Geschäft betrieben oder die betreffende Erwerbstätigkeit ausgeübt worden ist, jedoch mit Ausschluß des besten und des schlechtesten Jahres. Die Personalentschädigung besteht, wenn das Geschäft betrieben oder die Erwerbstätigkeit ausgeübt worden ist:

	für die zu 1,	für die zu 2
	3 und 4 Ge-	und 5 Ge-
	namen	namen
4 Jahre bis auschl.	5 Jahre in dem 2fachen, in dem 1fachen,	
5 = = =	6 = = = 2½ = = = 1½ =	
6 = = =	7 = = = 3 = = = 1¾ =	
7 = = =	8 = = = 3½ = = = 1½ =	
8 = = =	9 = = = 4 = = = 1¾ =	
9 = = =	10 = = = 4½ = = = 1½ =	
10 Jahre oder länger	= 5 = = = 2 =	

eines durchschnittlichen jährlichen Reingewinns oder Gehalts oder Arbeitsverdienstes. Als Reingewinn gilt die Bruttoeinnahme aus dem Geschäft, nach Abzug der Geschäftskosten und fünfprozentigen Zinsen des Anlage- und Betriebskapitals. Soweit buchmäßige Nachweise hierüber nicht vorliegen, tritt sachverständige Schätzung ein. Mehrere Geschäfts-Inhaber gelten als ein Inhaber, mehrere Fabrik- oder Handelsbetriebe desselben Inhabers als ein Betrieb. Die außerhalb des Monopolbesitzes belegenen Geschäfts-Etablissements bleiben außer Berücksichtigung. Die unter Biffer 3–5 genannten, sowie von den unter Biffer 2 bezeichneten Personen, die Schankwirthe und die Kleinhändler mit Branntwein sind von der Personal-Entschädigung ausgeschlossen, wenn sie eine Stelle im Dienste der Monopol-Berwaltung oder als Branntwein-Beschleifer erhalten, oder die Annahme eines ihrer bisherigen Lebensstellung angemessenen Postens der bezeichneten Art ohne ausreichenden Grund ablehnen. Haben sie eine Stelle im Dienste der Monopolberwaltung oder als Branntwein-Beschleifer erhalten, werden jedoch aus derselben innerhalb der nächsten 5 Jahre ohne ihr Verhältnis wieder entlassen, so empfangen diese Personen eine Personalentschädigung von zwei Dritteln desjenigen Betrages, welcher ihnen zu gewähren sein würde, wenn sie die Stelle nicht erhalten hätten. Ist mit dem Antritt einer Stelle im Dienst der Monopolberwaltung ein Bechel des Wohnorts verbunden, so findet Erfasung der Umlaufskosten statt. Für Personen, welche den Branntweinhandel neben der Reinigung von Branntwein oder der Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein betreiben, wird die Entschädigung nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen für jeden Erwerbszweig besonders berechnet.

§ 82. Aus besonderen Billigkeitsgründen können Unterstützungen mit Rücksicht auf den durch die Einführung des Branntweinmonopols entzogenen oder geschmälerten Erwerb gewährt werden:

- 1) an Personen, welche in die Klassen der nach § 81 zu einer Entschädigung berechtigten Personen nicht fallen;
- 2) an Personen der im § 81 bezeichneten Klassen beim Mangel der dadurch angegebenen Voraussetzungen der Entschädigung.

§ 83. Über die Qualifizität der Anträge auf Real- und Personalentschädigung (§ 80 und 81), sowie über die Höhe der zu gewährenden Beiträge wird, unter Ausschluß des Rechtsweges, durch die im § 78 bezeichnete Central-Commission, welche für die Anträge auf Realentschädigung je 2 vereidete Sachverständige vom Baufach hinzugetreten, Entscheidung getroffen. Zum Einspruch gegen die Entscheidung der Bezirkscommission ist derjenige, um dessen Schadloshaltung es sich handelt, sowie der Vertreter der Monopol-Berwaltung befugt. Der Einspruch muß bei der Bezirks-Commission innerhalb drei Tagen nach dem Empfang der Entscheidung eingelegt und innerhalb vierzehn Tagen begründet werden, wobei, sofern die Höhe des zuerkommenen Betrages angefochten wird, die verlangte Mehrung oder Minderung bestimmt anzugeben ist. Die Gefühe um Unterstützung (§ 82) werden zunächst von der Bezirkscommission, sodann von der Centralcommission begutachtet, worauf die Entscheidung durch den Reichskanzler erfolgt. In Bezug auf die vorbezeichneten Geschäfte der Bezirkscommission ergibt eine Instruction des Bundesrats. Die Ortsbehörden sind verpflichtet, den Bezirkscommissionen zwecks Erfüllung ihrer Obligationen jede gewünschte Auskunft über örtliche und persönliche Verhältnisse thunlichst zu ertheilen, auch die Auszahlung der Entschädigungen und Unterstützungen zu vermitteln.

§ 84. Wer in der Zeit vom Tage der Publication dieses Gesetzes bis zum 31. Juli 1888 Handel mit Branntwein, oder die Reinigung von Branntwein, oder die Herstellung alkoholischer Getränke aus Branntwein betreibt, ohne die im § 4 vorgeschriebene Anzeige zu erstatten, unterliegt einer Geldstrafe von 5 Mr. bis ... Mr. Außerdem erfolgt die Entziehung des Branntweins, in Bezug auf welchen die Zuwidderhandlung verübt worden ist, unter Anwendung der in den §§ 62 und 63 enthaltenen Vorschriften. Wer die im § 75 vorgeschriebenen Anmeldungen innerhalb der festgesetzten Frist gar nicht oder unrichtig abgibt, oder über die angemeldeten Gegenstände in unzulässiger Weise verfügt, unterliegt, insoweit nicht nach dem Strafgesetzbuch eine schwere Strafe verwirkt ist, den in den §§ 50 ff. dieses Gesetzes für die Branntweinbefraudation festgesetzten Strafbestimmungen. Die Vorschriften der §§ 69 bis 71 finden entsprechende Anwendung.

VIII. Schlussbestimmungen.

§ 85.

Der Bundesrat ist befugt, die Bestimmungen dieses Gesetzes für einzelne an oder außerhalb der Zollgrenze belegene Theile des Reichsgebietes zeitweilig oder dauernd außer Kraft zu setzen.

§ 86. Der Reinertrag des Branntweinmonopols ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der matrizularmäßigen Bevölkerung, mit welcher sie zum Monopolgebiete gehören, zu überweisen.

§ 87. Die Gemeinden sind befugt, im Falle des Bedürfnisses mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die innerhalb ihres Bezirks zum Konsum gelangenden alkoholischen Getränke Zuflüsse bis 50 Prozent des Monopolverkaufspreises (§ 26) nach den vom Bundesrat zu bestimmenden Normen zu erheben. Soweit bisher von den Communen Abgaben vom Branntwein erhoben worden sind, kommen dieselben mit dem 1. Aug. 1888 in Wegfall.

§ 88. Der gesamme Betrieb der Monopolverwaltung ist von der Besteuerung durch Staat und Kommunalverbände ausgeschlossen."

Deutschland.

Berlin, 7. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Rechnungs-Assessor Scharmer bei dem Landgericht in Brandenburg den Charakter als Rechnungs-Rath, den ersten Gerichtsschreibern, Secretären & Adjunkt bei dem Amtsgericht in Kulk, Bartowitzki bei dem Landgericht in Königsberg, und Frizen bei dem Amtsgericht in Neustadt W.-Pr. den Charakter als Canseleitern verliehen; sowie die Wahl des Rittergutsbesitzers, Referendars a. D. A. von der Decken auf Deckenhause zum Mitgliede der Direction des Bremerischen ritterlichen Credithausen.

Der Notar Daniels in Hüdeswagen ist in den Bezirk des Landgerichts zu Köln, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wüppertal, verzeugt worden. Dem Notar Wiegand zu Dillenburg ist die Verlegung seines Wohnsitzes von Dillenburg nach Begräbnis gestattet worden. Der Rechtsanwalt Hake in Oldenburg i. H. ist zum Notar für den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Oldenburg i. H., der Gerichts-Assessor Neuhofer aus Köln zum Notar für den Bezirk des Landgerichts zu Koblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Koblenz, und der Gerichts-Assessor Adams in Düsseldorf zum Notar für den Bezirk des Landgerichts zu Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aachen, ernannt worden. (R.-Anz.)

Berlin, 8. Jan. [Dankschreiben.] Dem hiesigen Magistrat sind ferner folgende Allerhöchste und höchste Dankschreibungen zugegangen:

Erhabende Worte hat der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt zum neuen Jahre und aus Anlaß des Regierung-Jubiläums an Mich gerichtet, sie sind Mir ins Herz gedrungen, denn sie geben die Gestimmung aus

weiten Kreisen des ganzen Königreichs wieder. Beweise solcher Liebe an einem Zeitausschnitt arbeitsamen, thatenreichen Lebens sind ein schöner Lohn für unsern König und das beste Zeugnis für unsern Vaterland. Fünfundzwanzig ereignisvolle Jahre ruht sein Geschick in den Händen eines Herrn, an dessen Seite Ich täglich Zeuge bin des großen Beispiele wahrhaft königlichen Denkens und Waletons in dem erhabenen Beruf des Monarchen. Wenn das Andenken an diesen Zeitraum durch eine Stiftung verehrt wird, die ihre Wohlthat den Unvergessenen erweist, so kann Mein Dank für diese hochherzige Fürorge nicht tiefer empfunden sein, als Meine Erkenntniß von der Bedeutung des heutigen Tages, die Mich mit Demuth und mit Gottvertrauen erfüllt.

Berlin, den 3. Januar 1886. ge. Augusta.

Ich danke dem Magistrat vielmals für die Mir und den Meinen zum Jahreswechsel dargebrachten Glückwünsche, wie für die gleichzeitige Sicherung seiner treuen u. anhänglichen Gefinnung. Einen Mir besonders wertvollen Ausdruck hat dieselbe in den Worten gefunden, mit welchen der Magistrat des nahenden Tages gedenkt, den alle deutschen Lande als ein hohes nationales Fest in voller Würdigung dessen zu feiern gewillt sind, was unser Volk der ruhmvollen und gesegneten Regierung seines vielgeliebten Kaisers schuldet. Das erhebende Bewußtsein, sich mit der gesammten Nation eins zu wissen in der Verehrung und Liebe zum Monarchen, erfüllt das Herz des Sohnes mit warmem Dank gegen Gott. Auch kann Ich Mir bei diesem Anlaß die Freude nicht verlagen, der städtischen Verwaltung erneut Meine Anerkennung für die umfängliche und unermüdliche Fürorge auszusprechen, welche sie der Förderung der so vielseitigen Interessen des Berliner Gemeinwesens mit unvergänglichem Erfolge widmet. Dem Rückblick auf die während der letzten Decennien stetig fortschreitende Entwicklung Berlins entnehme Ich die zuversichtliche Hoffnung, daß sich das beginnende Jahr für das Wohl der Hauptstadt und ihrer Einwohner als ein nicht minder glückliches und segensreiches erweisen werde.

Berlin, den 1. Januar 1886. ge. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Ich danke dem Magistrat aufrichtig für die freundlichen Gestimmungen, welche Mir derselbe bei Beginn des Neuen Jahres ausgesprochen hat. Gern benutze Ich diesen Anlaß, um der Hoff

wollvert und hat ihrer manigfachen Produkte wegen schon seit mehr als 100 Jahren die Aufmerksamkeit von Industriellen und Privaten auf sich gelenkt. In Frankreich erhielt La Rouvière 1760 ein Privilegium erlaubt für Verarbeitung der in ihren Samenkapseln enthaltenen prächtig glänzenden Samenhaare, deren Seidenblanz der Pflanze den Namen Seidenpflanze verschaffte. In Schlesien waren es zwei Männer, der Rathsdirector Schnieber zu Liegnitz und der Stadtapotheker Fries zu Münsterberg, resp. des letzteren Sohn, der Regierungs-Rath Fries zu Breslau, welche in den Jahren 1789—1791 ihre bis dahin durch Cultur und Verarbeitung der Asclepias erlangten Resultate in besonderen Schriften veröffentlichten.

Von diesen unseren Landsleuten wurde auch teilweise schon der in dem Stengel der Seidenpflanze enthaltene glänzend weiße Bast als brauchbares Spinnmaterial erkannt, wenn auch seine Zubereitung nicht so leicht als die des Flachses gefördert wird. Die Samen enthalten nach Dr. Meitzen 25 pCt. Öl und rechnet Schnieber auf einen Morgen Land circa 500 Quart Samen als Ertrag.

Gegenwärtig nimmt der Milchsaft der Asclepias, resp. die in ihm enthaltenen Bestandtheile, vorzugsweise das Kautschuk, unser Interesse in erster Linie in Anspruch. Der Vortragende hat den Gehalt an Kautschuk in den Monaten Mai, Juli, August und September ermittelt und 0,15 pCt. bis 1,20 pCt. und 1,6 pCt. in den getrockneten grünen Blättern gefunden; es zeigte sich also mit wachsendem Alter der Pflanze eine Zunahme dieses Stoffes. Die Stengel enthielten bedeutend weniger, im Durchschnitt nämlich nur 0,23 pCt. — Dieses letztere Resultat scheint im Widerspruch zu stehen mit der Thatfrage, daß gerade die Stengel der Asclepias die Hauptmenge von Milchsaft enthalten, wie das Herausstreuen zahlreicher getrockneter Tropfen beim Anrühren derselben zeigt. Man kam daher auf die Vermuthung, daß beim Austrocknen der mit den abgeschnittenen Stengeln noch verbunden gebliebenen Blätter ein Nachschießen des Milchsaftes aus dem seiner Dicke wegen längere Zeit fälig bleibenden Stengel in die Blätter stattfinde, da diese zuerst eindrücken und somit in ihnen leere Räume entstehen.

Diese Annahme hat sich infolfern bestätigt, als die zur Auflösung dieses Punktes unternommenen Versuche ergaben, daß die in saftigem Zustande gespülten und dann für sich getrockneten Blätter der Asclepias einen geringeren Kautschukgehalt aufwiesen, als diejenigen, welche erst nach dem Trocknen von den Stengeln getrennt wurden; es betrug die Differenz durchschnittlich 0,3 pCt.

So würden also bei ev. Verwerthung der Asclepias zur Darstellung einheimischen Kautschuks nur die Blätter der Pflanze und zwar die des Monats September mit Vortheil zu verwenden sein, nachdem sie von ihren Stengeln erst nach gemeinschaftlichem Trocknen entfernt worden sind; die Stengel würden dann für sich auf Spinn- und Fasermaterial verarbeitet werden können. — Eine Probe des Bastes wurde der Versammlung vorgelegt, ebenso Seidenhaare der Asclepias, welche aus dem hiesigen botanischen Garten stammten.

Einige Wochen nach Beendigung dieser Versuche gelangte der Vortragende in den Besitz eines Berichtes, welcher in dem pharmaceutical journal and transactions, August 1885, von zwei englischen Militärärzten Warden und Waddell über zwei sehr nahe Verwandte der Asclepias Cornuta, nämlich über Asclepias gigantea oder Calotropis gigantea und Calotropis procera oder Hamiltonii erfasst worden ist. Nach ihren Mittheilungen kommen diese Pflanzen in ganz Indien vor, gebeihen noch auf dem ärmsten Boden und finden nicht bloss in der Volksmedizin, sondern notorisch auch als Material zur Papierfabrikation Anwendung; besgleichen werden die schönen Seidenhaare der Samen zu Gespinnstherapie, welche der Araber und Tartaren benutzt. Beide Pflanzen sind der bei uns gedeihenden Asclepias sehr ähnlich, besitzen ein ähnliches Wachsthum, liefern dieselben Produkte und enthalten auch wie diese reichlichen Milchsaft.

Mit dem letzteren nun beschäftigte sich hauptsächlich die Abhandlung der beiden Engländer, deren Untersuchungen in Calcutta begonnen und im Reichsgegenheitsamt zu Berlin beendigt wurden. Es wurde festgestellt, daß außer Kautschuk in diesen Pflanzen noch Bestandtheile der Guttapercha vorkommen und daß man direct den getrockneten und ausgewaschenen Saft als Substitut der Guttapercha verwenden kann. Nach ihrem Bericht sei dies ein Punkt von größter kommerzieller Wichtigkeit, um es seien die genannten, unter dem Namen Mudar oder Madar in Indien bekannten Pflanzen ihrer vielseitigen Verwendung wegen die interessantesten und nützlichsten Gemäße Indiens. Um einige Zahlen anzuführen, so liefert der frische Milchsaft circa 23 pCt. Mudar-Guttapercha; zehn Pflanzen können nach Dr. Niddell 1 Pfund dieses Stoffes geben. Die getrocknete Wurzelrinde des Mudar enthält circa 3,11 pCt. Guttapercha-Bestandtheile und außerdem 0,855 pCt. Kautschuk, insgesamt also 3,966 pCt. wertvolle Stoffe.

Da nun auch die Asclepias Cornuta bei uns eine Zukunft hat, müssen Versuche entscheiden, ob es in dieser Hinsicht mit großem Dank anzuerkennen ist, daß sich bereits Landwirthe gefunden haben, welche die Sache näher getreten sind und kleine Culturen der Seidenpflanze angelegt haben, Es sind dies bis jetzt die Herren Rittergutsbesitzer Pringsheim in Hünen und Lewald in Rattenn.

Wir können somit hoffen, daß vielleicht schon im nächsten Jahre hinreichendes Material vorhanden sein wird, um dann Versuche in größerem Maßstabe auszuführen zu können.

Herr von Chrustischoff beschloß die Sitzung mit einem kurzen Bericht über die Eruption des Vulcans von Colima in Mexico im August 1872.

Er gab vorher eine kurze Skizze über den geognostischen Bau dieses wenig

bekannten Feuerberges, der besonders dadurch bemerkenswerth erscheint, daß er keine Lava, sondern vielmehr sehr große Mengen Asche und Lapilli auswirft. Ein Theil der Lapilli bestehen eine eingeschlossene wurst-

oder walzenartige Form, die sich als losgerissene, ausgezogene und wohl

auch gewundene Tropfen einer sehr zähnen Lava tief im Schlunde des Vulcans charakterist. Sie bestehen aus Glasmasse, Augit, Olivin und Magnetit

nebst Feldspat, gehören somit dem basaltischen Typus an. Die Kraterwälle,

an denen felsige Tumulsen beobachtet wurden, sowie Gänge im Innern des Achenfegels sind bald basaltischer, bald trachytischer Natur. Hierbei

legte Herr von Chrustischoff eine Suite der dortigen Felsarten vor und demonstrierte noch zum Schluss ein neues, von Herrn von Ossowski

in Krakau unlängst entdecktes und als Bolyhinit benanntes Gestein, welches

bei Michajlowka im Districte Orawiec in Oesterreichisch-Polen als ein

mächtiger Gang auftritt. Dasselbe besteht aus porphyrischen Felspath-

krystallen und einer dunkelgrünen, kryptokristallinen Grundmasse, die

d. M. wesentlich Plagioklas, mafitartige Hornblende, Chlorit, sowie

Quarz, Titanit, Titanomorphit und Birkon erkennen läßt.

Römer. Polec.

Provinzial-Zeitung.

(L. Stadtb.) Liegnitz, 7. Januar. Der Verein für Feuerbestattung hier selbst hielt gestern Abend in der „Kaiservalle“ eine Generalversammlung ab. Nachdem die Jahresrechnung geprüft und dem Cäffirer, Herrn M. Auerbach, die Discharge ertheilt worden war, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Professor Dr. Brozin zum ersten Vorstehenden, Redac ur Harckamp (an Stelle des Herrn Auerbach, der eine Wiederwahl ablehnte) zum zweiten Vorstehenden, Buchhändler Cäffirer. Demnächst werden in verschiedenen hiesigen Vereinen Vorträge über die Feuerbestattung gehalten werden.

S. Striegau, 7. Januar. [Provinzial-Abgaben. — Unterstüzung. — Kreisverfügung. — Schulfeier.] Zu den Kosten des Landarmenwesens und der Provinzial-Abgaben pro 1885 hat die Stadt Striegau den Betrag von 4682 Mark zu leisten. Die Repartition ist nach Verhältniß der Grund-, Gebäude-, Einkommen-, Kläfften- und Gewerbesteuern aufgeteilt worden. — Der Mutter des auf der „Augusta“ verunglückten Matrosen Langner, der verwitweten Frau Steueraufseher Langner hier selbst, ist von Seiten des Comités für die Unterstüzung der Hinterbliebenen der mit S. M. Corvette „Augusta“ untergegangenen Verzogung in Berlin unter d. 24. v. Mts. die Nachricht zugegangen, daß ihr eine einmalige Beihilfe von 300 Mk. bewilligt worden sei, deren Auszahlung durch den Magistrat hier erfolgen werde. — Mit Zustimmung des Kreisausschusses und unter Hinweis auf die am 15. d. Mts. ins Leben tretende Naturalversiegungsstation für arme Reisende hat der königliche Landrat für den Umgang des Kreises Striegau folgende Verordnung erlassen: „Wer in den Häusern oder Hößen, auf den Straßen, Wegen oder Plätzen an Landstreicher und Bagabonden Almosen giebt, sobald es sich nicht um Almosen eines dringenden Notstandes handelt, verfällt in eine Geldstrafe bis 9 Mark.“ — Bei dem heut in Progymnasium abgehaltenen öffentlichen Festactus zum Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers hielten Gymnasiallehrer Dr. Bednarz die Festrede.

r. Namslau, 6. Januar. [Pestalozzi-Zweigverein.] Der hier im Jahre 1873 gegründete und unter der Leitung des Herrn Hauptlehrers

Kalkbrenner siehende Pestalozzi-Zweigverein des Kreises Namslau-Brieg hielt am Schlusse des eben beendeten Jahres seine Generalversammlung ab. Der Herr Vorsteher vermochte zunächst zu konstatiren, daß auch im abgelaufenen Jahre ein Wachsen des Vereins zu verzeichnen und die Zahl seiner Mitglieder von 114 auf 122 und seine Jahresseminnahme um 102 M. 16 Pf. gestiegen ist. Letztere setzt sich, wie folgt, zusammen: dem Bestande von 13 M. 90 Pf. traten an außerordentlichen Einnahmen durch Concerte, Bingen, Geschenke u. s. w. 107 M. 66 Pf. an Beiträgen von Nichtlehrern 147 M., an Beiträgen von Lehrern 194 M., und an Zufluss aus der Provinzialfaz. 133 M. 55 Pf. zu, zusammen Einnahme 661 M. 11 Pf. Davon wurden gezahlt 15 Unterstützungen à 20 M. laut Anweisung des Hauptvereins = 300 M., an anderen und außerordentlichen Unterstützungen 224 M., auf Unkosten z. z. 27 M. 61 Pf. in Summa 551 M. 61 Pf. so daß ein Bestand von 49 M. 50 Pf. verblieb.

(Ob. Wands.) Gleiwitz, 7. Jan. [Das oberösterreichische Sängerfest] wird im nächsten Juli in unserer Stadt abgehalten werden. Behufs Vorberesprechung der Arrangements fand am 5. d. M. eine Ausschüttung der Liedertafel statt. Man beschloß, Herrn Oberbürgermeister Kreidel zu ersuchen, das Ehren Präsidium des Festcomites zu übernehmen. Nach Feststellung des vorläufigen Programms wurde zur Bildung des Commissionen geschritten und zwar wurden gewählt: in die Empfangs-Commission die Herren Stadtstrath Pohl, Dr. Mattern und Zimmermeister Trojan, in die Wohnungs-Commission die Herren Bürgermeister Fries, Fabrikbesitzer Domerg und Drescher, in die Decorations-Commission die Herren Baumeister Gerte, Mr. Philipp und Zimmermeister Jelin, in die Finanz-Commission die Herren Johannes Wolff, Trojan und Sommer, in die Redactions-Commission die Herren David, Heine und Con. Wolff. — Als Festlocal wurde das Vereinslocal (Schützen-garten) in Aussicht genommen.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Köln, 8. Januar. Ein Telegramm der „Köln. Btg.“ über einen Artikel des „Tempo“, wonach Deutschland, England und Frankreich Schritte gethan haben, um Gebietsabtretungen zu Gunsten Griechenlands von der Pforte zu erwirken, sagt: Wir zogen an mehreren hiesigen Stellen deshalb Erfundung ein, haben betreffs solcher Schritte über Frankreich Bestimmtes nicht erfahren und müssen dafür dem „Tempo“ die Verantwortung überlassen. Betreffs Deutschlands und Englands wurde auf das Vündigste versichert, daß dieselben keinen derartigen Schritt in Konstantinopel gelanzen, oder derartige Versprechungen nach Athen gegeben haben. Ein Krieg zwischen Griechenland und der Türkei habe für Europa nur ein nebenfächliches Interesse. Wolle Griechenland Gebietsabtretung erzwingen, so thue es das auf eigene Gefahr, und möge sehen, wie es mit dem mächtigen Gegner fertig werde.

Wien, 8. Jan. Der Kaiser empfing heute Mittag den gestern Abend von Berlin hierher zurückgekehrten General Baron Keller in längerer Audienz.

Rom, 8. Jan. Der „Moniteur de Rome“ meldet: Das Consistorium ist auf den 15. Januar anberaumt.

Paris, 8. Jan. Der Kriegsminister erließ folgenden Tagessbefehl an die Armee: Der Präsident der Republik erwies mit die große Ehre, mich in das Ministerium zu berufen. Ich nahm den Ruf mit Vertrauen an, in der Überzeugung, bei allen Graden die absolute Unterstützung zu finden, welche auf den Gefühlen der Pflicht, des Gehorsams und der Ergebenheit beruht, wovon die Armee so viel Beweise gibt. Wir werden mit Energie den von meinen Amts-vorgängern vorgezeichneten Weg verfolgen, den Weg militärischer Renovation, den wir seit fünfzehn Jahren verfolgen. Es lebe Frankreich! es lebe die Republik!

Paris, 8. Jan. Der frühere griechische Gesandte in Belgrad, Nikolaus Delhannis ist zum Gesandten Griechenlands bei der hiesigen Regierung ernannt worden. — Das Gerücht von der Abberufung des diesseitigen Residenten in Tunis, Cambon, wird in Regierungskreisen als unbegründet bezeichnet. — Die „France“ schreibt, in der Erklärung des Cabinets vor den Kammern werde die Nothwendigkeit

betont werden, einen Waffenstillstand herzustellen, um eine Politik von praktischen Reformen möglich zu machen. Das Ministerium werde insbesondere die Mittel erwägen, um das Gleichgewicht im Budget herzustellen. Der „Tempo“ sagt, der Kriegsminister Boulanger beabsichtige namentlich eine Reduction der Ausgaben im Budget für das Kriegsministerium herzuführen.

Seit Mittag herrscht hier ein starker Schneesturm, der Wagenverkehr in den Straßen ist sehr erschwert.

Paris, 8. Januar. Die Mehrzahl der hiesigen Zeitungen nimmt das neue Cabinet, da dasselbe als ein Cabinet der Versöhnung anzusehen sei, günstig auf. Es heißt, Constance werde zum General-Gouverneur von Algier ernannt werden.

Brüssel, 8. Jan. Der Senat hat bei der heute fortgesetzten Bevathung des Gesetzentwurfs über den Schutz des künstlerischen Eigenthums ein Amendment angenommen, wonach Telegramme und Informationen der Journale nicht ohne Angabe der Quelle reproduciert werden dürfen.

Madrid, 8. Jan. In Algeciras sind gestern 22 Cholera-Frankungen und 11 Cholera-Todesfälle vorgekommen.

Petersburg, 8. Januar. Das in Simbirsk stehende Kaluga-Regiment, dessen Chef der Kaiser Wilhelm ist, hatte anlässlich der am Sonntag stattgefallenen Regierungs-Jubelfeier Sr. Majestät seine Glückswünsche telegraphisch übermittelt. In Antwort darauf ist ein Dankestelegramm des Kaisers eingelaufen, worin es heißt, daß der Kaiser ein so erprobter tapferes Regiment auch künftig mit Stolz das feinige nennen werde.

Konstantinopel, 8. Jan. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die griechische Regierung legt neuerdings der Pforte gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag. Sie beschloß, den Consul Zigomalas von Kreta abzuberufen und durch den hiesigen General-Consul Manromichalis zu ersetzen. Ferner wird als indirecte Demobilisirung angesehen, daß bei dem griechischen Heere anlässlich des Weihnachtsfestes Viele auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden sind, so daß die Compagniesstärke nur noch 70 Mann beträgt. Die Mobilisirung der zweiten Classe der türkischen Reserve in Syrien, 20 000 Mann umfassend, ist abbestellt; die erste Classe bleibt zwar mobil, der Besatz zum Abmarsch nach Saloniki ist aber zurückgenommen.

Balparaiso, 8. Jan. Die Kammer lehnte in einer stürmischen Sitzung die Beförderung des Budgets ab. Die Regierung suspendierte Steuer aufgezettelten Regierungs-Jubelfeier Sr. Majestät seine Glückswünsche telegraphisch übermittelt. In Antwort darauf ist ein Dankestelegramm des Kaisers eingelaufen, worin es heißt, daß der Kaiser ein so erprobter tapferes Regiment auch künftig mit Stolz das feinige nennen werde.

Paris, 8. Jan. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die griechische Regierung legt neuerdings der Pforte gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag. Sie beschloß, den Consul Zigomalas von Kreta abzuberufen und durch den hiesigen General-Consul Manromichalis zu ersetzen. Ferner wird als indirecte Demobilisirung angesehen, daß bei dem griechischen Heere anlässlich des Weihnachtsfestes Viele auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden sind, so daß die Compagniesstärke nur noch 70 Mann beträgt. Die Mobilisirung der zweiten Classe der türkischen Reserve in Syrien, 20 000 Mann umfassend, ist abbestellt; die erste Classe bleibt zwar mobil, der Besatz zum Abmarsch nach Saloniki ist aber zurückgenommen.

Balparaiso, 8. Jan. Die Kammer lehnte in einer stürmischen Sitzung die Beförderung des Budgets ab. Die Regierung suspendierte Steuer aufgezettelten Regierungs-Jubelfeier Sr. Majestät seine Glückswünsche telegraphisch übermittelt. In Antwort darauf ist ein Dankestelegramm des Kaisers eingelaufen, worin es heißt, daß der Kaiser ein so erprobter tapferes Regiment auch künftig mit Stolz das feinige nennen werde.

Paris, 8. Jan. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die griechische Regierung legt neuerdings der Pforte gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag. Sie beschloß, den Consul Zigomalas von Kreta abzuberufen und durch den hiesigen General-Consul Manromichalis zu ersetzen. Ferner wird als indirecte Demobilisirung angesehen, daß bei dem griechischen Heere anlässlich des Weihnachtsfestes Viele auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden sind, so daß die Compagniesstärke nur noch 70 Mann beträgt. Die Mobilisirung der zweiten Classe der türkischen Reserve in Syrien, 20 000 Mann umfassend, ist abbestellt; die erste Classe bleibt zwar mobil, der Besatz zum Abmarsch nach Saloniki ist aber zurückgenommen.

Paris, 8. Jan. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die griechische Regierung legt neuerdings der Pforte gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag. Sie beschloß, den Consul Zigomalas von Kreta abzuberufen und durch den hiesigen General-Consul Manromichalis zu ersetzen. Ferner wird als indirecte Demobilisirung angesehen, daß bei dem griechischen Heere anlässlich des Weihnachtsfestes Viele auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden sind, so daß die Compagniesstärke nur noch 70 Mann beträgt. Die Mobilisirung der zweiten Classe der türkischen Reserve in Syrien, 20 000 Mann umfassend, ist abbestellt; die erste Classe bleibt zwar mobil, der Besatz zum Abmarsch nach Saloniki ist aber zurückgenommen.

Paris, 8. Jan. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die griechische Regierung legt neuerdings der Pforte gegenüber ein entgegenkommendes Verhalten an den Tag. Sie beschloß, den Consul Zigomalas von Kreta abzuberufen und durch den hiesigen General-Consul Manromichalis zu ersetzen. Ferner wird als indirecte Demobilisirung angesehen, daß bei dem griechischen Heere anlässlich des Weihnachtsfestes Viele auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden sind, so daß die Compagniesstärke nur noch 70 Mann beträgt. Die Mobilisirung der zweiten Classe der türkischen Reserve in Syrien, 20 000 Mann umfassend, ist abbestellt; die erste Classe bleibt zwar mobil, der Besatz zum Abmarsch nach Saloniki ist aber zurückgenommen.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Londoner Wechsel 20, 83. Pariser Wechsel 80, 75. Wiener Wechsel 160, 50. Reichsanleihe 104, 50. Oest. Silberrente 67, 30. Oest. Papierrente 67, 10. 5% Papierrente 81, 10. 4% Goldrente 89, 90. 1860er Loose 117, 50. 1864er Loose 285, 80. Ungar. 4% Goldrente 81, 10. 1860er Loose 117, 50. Italiener 95, 90. 1880er Russen 82, 40. II. Orient-Anl. 61, 30. III. Orient-Anl. 61, 30. Spanier exter. 54, 50. Egypter 64, 90. Neue Türkens 13, 80. Böhmisches Westbahn 211. Central-Pacific 10. Franzosen 215^{1/2}. Galizier 178. Lombarden 107. Gotthardbahn —. Egypter 64, 70.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Abends 5 Uhr 50 Min. [Effecten-Societät.] Credit-Action 237^{1/2}. Franzosen 215^{1/2}. Galizier 178. Lombarden 106^{1/2}. Effecten-Societät Credit-Action 237^{1/2}. Franzosen 215

